



## Gruppe im Rat der Stadt Hildesheim

Rathaus | D-31134 Hildesheim

Telefon: 05121 301-228/ -229 | Fax: 05121 301-104

<b>Gruppenantrag</b>	<b>Vorlage-Nr: 11/050</b>
Federführend: SPD-Gruppe	Status: öffentlich Datum: 03.02.2011 Verfasser/in: Baacke, Sebastian
<b>Auf Antrag der SPD-Gruppe: Ausbildungsplatzinitiative für die Stadt Hildesheim</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
07.02.2011	Verwaltungsausschuss
14.02.2011	Rat der Stadt Hildesheim

### Sachverhalt:

Zum Ende des laufenden Schuljahres werden Schulabgängerinnen und Schulabgänger vor die besonders schwierige Aufgabe gestellt, einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz zu bekommen. Zwei Abiturjahrgänge drängen auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Die Wehrpflicht und der Ersatzdienst werden ausgesetzt. Viele junge Leute, die üblicherweise dort hingegangen wären, strömen ebenfalls in diesem Jahr auf den Arbeitsmarkt.

Die Anzahl von Studien- und Ausbildungsplätzen reicht nicht aus, und so benötigen die jungen Leute Alternativen. Es wird ein Verdrängungswettbewerb stattfinden, der insbesondere Haupt- und Realschüler betreffen wird.

Die Stadt Hildesheim kommt ihrer Vorbildfunktion bereits seit Jahren nach und stellt regelmäßig stark nachgefragte Ausbildungsplätze – nicht nur im Bereich der allgemeinen Verwaltung – für Schulabsolventen zur Verfügung. Dennoch treten wir aus den vorgenannten Gründen dafür ein, dass die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe in diesem Jahr, über die Zahl der bereits festgelegten Ausbildungsplätze hinaus, einen gesellschaftspolitischen Beitrag leisten und zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen.

### Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Hildesheim stellt im Ausbildungsjahr 2011 über die bereits zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze hinaus, weitere Ausbildungsplätze bereit. Hierbei soll es sich nicht ausschließlich um Ausbildungsplätze im Bereich der allgemeinen Verwaltung handeln. Auch weitere mögliche Ausbildungsgänge wie z. B. für Fachinformatiker oder andere Büro-Ausbildungsgänge kommen hierfür in Betracht.
2. Eine Ausnahme vom Einstellungsstopp wird beschlossen, um der Verwaltung die Wahrnehmung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu ermöglichen. Die Personalkostendeckelung wird um die Höhe der mehr anfallenden Ausbildungsvergütungen und Lohnnebenkosten erhöht.
3. Die Betriebe, an denen die Stadt Hildesheim beteiligt ist, sollen ebenfalls aufgefordert werden, entsprechend ihrer Möglichkeiten in diesem Jahr ihr Kontingent an Ausbildungsplätzen zu erhöhen.

